

ausgesprochen habe, ist nach den Informationen der „N. L. C.“ nicht richtig. Der Seniorenkonvent hat in den letzten Tagen überhaupt keine Sitzung gehabt.

Der Kultusminister hat dem Abgeordnetenhaus in Folge einer an ihn gerichteten Anfrage über den Erfolg der regierungsseitig auf Überwindung des Lehrermangels gerichteten Bemühungen eine Denkschrift über die Zahl der vorhandenen öffentlichen Lehrer- und Lehrerinnenstellen an den preußischen Volkschulen sowie über die Frequenz der preußischen Schullehrer- und Lehrerinnen-Seminare im Jahre 1879 zugehen lassen. Die sehr umfassende Denkschrift enthält an der Hand statistischer Erhebungen interessante Vergleiche über den Stand der Angelegenheit in den Jahren 1873 und 1875. In den 6 Jahren von 1873 bis 1879 beträgt die wirkliche Stellenvermehrung 6795. Es ist nicht nur das laufende Bedürfnis befriedigt, sondern es sind auch diese 6795 neu begründeten Stellen vorschriftemäßig besetzt worden und hat sich trotzdem die Zahl der erledigten Stellen um 106 vermindert. Es standen daher im Juni v. J. 6901 vorschriftemäßig geprüfte Lehrer mehr im Schuldienste als vor 6 Jahren. Werden auch nur je 50 Kinder auf eine Klasse gerechnet, so ergibt sich, daß mindestens 650,000 preußische Schulkinder einen besseren Unterricht erhalten als im Jahre 1873. Es waren von je 1000 Stellen unbesetzt 69 im Jahre 1873 und 61 im Jahre 1879. Zur Zeit ist von etwa 900 Schulklassen je eine ohne jede unterrichtliche Versorgung. Trotzdem führt die Denkschrift aus, daß der Lehrermangel noch sehr erheblich ist und seine Überwindung noch ernste Anstrengung erfordern wird.

Die Angelegenheit des Grafen St. Vallier gesellt sich allmählich denjenigen Stoffen der Tagesgeschichte bei, über die die neue Nachricht zunächst Misstrauen erwecken muß, so unaufhörlich drängt ein Widerfuß den andern. Jetzt wird auch der Entschluß des Botschafters, sich zu den Senatsverhandlungen nach Paris zu begieben, wieder in Abrede gestellt. Graf St. Vallier zieht neuerdings v. r., den Verlauf der dortigen Verhandlungen namentlich über die Ferry'schen Unterrichtsgesetze in Berlin abzumachen, und danach sein Verhältniß zur neuen Regierung zu bestimmen. Man will darin ein Symptom für das definitive Verbleiben des Botschafters auf seinem Posten erkennen. Der letzte Entscheid über die Frage wird ohne Zweifel indes nach anderen Rücksichten erfolgen. Vielleicht fürchtet Graf St. Vallier durch eine etwaige Oppositionsstellung zur Regierung den Moment seines Rücktritts unmöglich zu beschleunigen, was allerdings nicht in den von ihm vertretenen Interessen läge. Schwerlich aber liegt die Lösung der Frage, wer Frankreich hinsicht in Berlin vertreten soll, bei dem französischen Senat.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 20. Januar. [Der modus vivendi in Karlsruhe. Aus der Verwaltungskommission. Treitschke und die Juden.] Es ist nicht zweifelhaft, daß die Einfüsse, die am hiesigen Hofe für die möglichst rasche Herbeiführung eines Ausgleichs mit der römischen Kurie schon lange thätig sind, diejenige Entscheidung beeinflußt haben, welche soeben in diesem Sinne in Karlsruhe erfolgt ist. Eben deshalb nimmt die letztere auch hier allgemein die Aufmerksamkeit in Anspruch und wird vielfach erörtert. Schon als das gegenwärtige badische Ministerium, welches im Ganzen eine Abschwächung des liberalen Regierungssystems bedeutete, ernannt wurde, wußte man, daß unter den ihm gestellten Aufgaben die Herbeiführung eines modus vivendi mit dem katholischen Klerus ebenan stand. Wenn neuerdings die Bemühungen, einen solchen dort herbeizuführen, auch von hier aus verstärkt wurden, so lag ohne Zweifel die Hoffnung zu Grunde, ein Umschwung in dem sogenannten „Musterstaate des Liberalismus“ würde nicht ohne Wirkung auf die öffentliche Meinung auch in Preußen bleiben. Zum Unglück für diese Spekulation trifft die Vorlegung des Aufsehen erregenden Gesetzentwurfs in Karlsruhe allem Anschein nach zusammen mit einem Stillstand in den Verhandlungen zwischen Berlin und Rom, daß aber das Karlsruher Beispiel auf den Fürsten Bismarck erheblichen Eindruck machen sollte, ist nicht anzunehmen. Man ist außerordentlich gespannt darauf, wie die liberale Majorität der zweiten badischen Kammer sich zu der Vorlage stellen wird. Gewisse opportunistische Elemente des hiesigen Liberalismus wünschen, ihrer ganzen eigenen Taktik gemäß, daß die badischen Liberalen dem Entwurf zustimmen möchten, damit sie sich nicht der Gefahr aussetzen, die Majorität und den Einfluß auf die Regierung zu verlieren. Dass Letzteres die Folge sein würde, wenn es zu Neuwahlen kommt — die für den Fall der Ablehnung des Gesetzentwurfs beschlossene Sache sind —, ist die beste Hoffnung sowohl der badischen als der hiesigen Konservativen, wobei man natürlich auf einige vereinzelte Erfolge bei den letzten Ergänzungswahlen zur badischen Kammer hinweist. Indes ist es doch sehr zweifelhaft, ob diese Erwartung sich erfüllen würde, und in entgegengesetztem Fall, wenn eine liberale Majorität wiederkehrt, würde die Wirkung wahrscheinlich die sein, daß an die Stelle des einigermaßen farblosen Ministeriums Turban, unter welchem die badischen Mitglieder des Bundesrates sogar für die bekannte Abänderung der Reichsverfassung gestimmt haben, ein viel entschiedener liberales Ministerium Lamé treten würde. — Gestern Abend hat die Kommission des Abgeordnetenhauses für die Verwaltungsgesetze ihre Arbeiten begonnen und die ersten 7 Paragraphen des Entwurfs über die allgemeine Landesverwaltung erledigt. Das letztere Wort muß man jedoch in sehr eingehendem Sinne verstehen, denn die Erledigung hat nur darin bestanden, daß die nicht streitigen Bestimmungen angenommen wurden; die Entscheidung der in diesen ersten Paragraphen enthaltenen wichtigen Kontroversen wurde bis auf Weiteres vertagt. In dieser Weise wurde u. A. bei dem § 1 betreffs der Stadt Berlin verfahren, indem über die Ausscheidung derselben aus der Pro-

vinz Brandenburg erst bestimmt werden soll, wenn weiterhin festgestellt ist, wie die Verwaltungsorganisation für Berlin sich gestalten soll. Ebenso wurde bei § 2 die Frage des Fortbestehens der 6 hannoverschen Landdrosteien oder ihrer Vereinigung zu 3 Regierungsbezirken — bekanntlich für die hannoverschen Abgeordneten eine sehr wichtige Angelegenheit — vertragt; und nicht minder beim § 7, in welchem zum ersten Mal von den Verwaltungsgerichten die Rede ist, die Entscheidung darüber, ob das Bezirksverwaltungsgericht und der Bezirksrat vereinigt werden sollen. Angenommen ist von wichtigeren Bestimmungen somit vor der Hand nur die, wonach die Regierungsbezirke beibehalten werden sollen; nach der Erklärung des Herrn v. Bemmisch im Plenum, daß er auf den entgegengesetzten Plan verzichte, war dies nicht mehr zweifelhaft. Wie man hört, hat sich auch bei der gestrigen Beratung wieder gezeigt, daß Graf Eulenburg, der nach der Rekonstruktion des Ministeriums von Anfang 1878 als das „konservativste“ Mitglied desselben galt, nachgerade seine Stütze mehr oder weniger ausschließlich bei den Liberalen findet, gegenüber der offenen Feindseligkeit der Ultramontanen und der verdeckten Gegnerchaft der Konservativen. So trat der Minister des Innern gestern Abend z. B. einen Antrag des, seit dem Beginn der Session sich ziemlich ostensibel in den Vordergrundstellenden Führers der Konservativen, Herrn v. Rauchhaupt, entgegen, wonach nicht durch Gesetz die Zahl und Abgrenzung der Regierungsbezirke, sondern durch königliche Verordnung festgestellt werden sollte. Es blieb denn auch bei dem Vorschlag des Regierungsentwurfs. — Herr v. Treitschke nimmt in dem soeben erschienenen neuesten Heft der „Preußischen Jahrbücher“ die Erörterung der sogenannten „Judenfrage“ wieder auf, indem er sich namentlich gegen die eindrucksvolle Broschüre seines Berliner akademischen Spezialkollegen, Professor Breßlau, wendet. Aus seinen Ausführungen geht unverkennbar hervor, daß er einen großen Theil des Selbstbewußtseins, mit dem er im Novemberheft der „Preußischen Jahrbücher“ zuerst diese Erörterung begann, inzwischen eingebüßt hat. Seine Deduktionen sind nicht blos schwach und unehrlich, sondern offenbar verlogen. Ungeachtet wird in dem zunächst erscheinenden Heft der von Gottschall in Leipzig herausgegebenen Revue „Unsere Zeit“ auch ein Beitrag Ludwig Bambergers zu dieser Diskussion erscheinen, der durch Treitschke's ersten Artikel provoziert ist. Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß auf eine aus Bremen an Dr. Bamberger ergangene Einladung derselbe demnächst dort vor einer größeren Versammlung einen Vortrag halten wird, dessen Tendenz durch das wichtig lautende, aber ernst gemeinte Thema angedeutet wird: „Die Verstaatlichung der Nation.“

[Der Justizausschuß des Bundesrates] hat soeben über die Vorlage, betreffend den Entwurf eines Gesetzes wegen Vollstreckung der Freiheitsstrafen, Bericht erstattet. Der Bericht erwähnt den Anträge des Reichstages auf Erlass eines solchen Gesetzes, der Vorprüfung des ursprünglichen Entwurfs durch praktische Gefängnisbeamte und der Arbeiten des Justizausschusses im Frühjahr und Herbst vorigen Jahres. Der Entwurf ist vielfach abgeändert. Über die großen und allgemeinen Züge, in denen sich die Arbeiten des Ausschusses bewegt haben, entnehmen wir dem Ausschussberichte Folgendes:

„Die provinzielle Frage, ob es sich überhaupt empfehle, die Bestimmungen über den Strafvollzug gesetzlich zu regeln, wurde von dem Bevollmächtigten für Braunschweig angeregt und unter Unterstützung des Bevollmächtigten für Rudolstadt verneint. Der Wunsch des Reichstages allein — so wurde ausgeführt — könne den Erlass eines solchen Gesetzes nicht wohl motivieren. Gründe der legislativen Politik sprächen gegen den Entwurf. Ein erheblicher Theil desselben folle weder Rechte noch Pflichten Einzelner begründen; sondern den Regierungen Verpflichtungen auferlegen; die Regierungen hätten keinen Anlaß, in dieser Weise sich selbst durch Gesetz zuvincieren. Dann enthalte der Entwurf fast nur reglementarische Vorschriften und ganz spezielle in die Haushaltung gehörige Vorschriften. Es sei an sich bedenklich, dergleichen gesetzlich zu fixiren und damit jede Änderung zu erschweren oder unmöglich zu machen. Wolle man gleichwohl ein Gesetz erlassen, so könne sich daselbe, da das Wesentliche in dem Strafgelebbuch gegeben sei, auf wenige Punkte beschränken. Wichtiger sei zunächst eine Revision des Strafsystems. Von anderer Seite wurden diese Bedenken nicht geteilt: man wußt darauf hin, daß das Bedürfnis, die Vorschriften über den Vollzug der Freiheitsstrafen einheitlich zu regeln, immer mehr sich geltend gemacht habe, daß diesem Bedürfnis nicht anders als durch Aufstellung gewisser allgemeiner gesetzlichen Grundzüge genügt werden könne, daß der Entwurf sich in dieser Beziehung eine große Beschränkung auferlegt habe und bestrebt den einzelnen Regierungen und den Gefängnisverwaltungen die ihnen nothwendige Freiheit für die den lokalen Verhältnissen entsprechende Ausfüllung des vom Entwurf gebotenen Rahmens zu belassen, daß man aber in dieser Richtung nicht wohl weiter gehen könne, ohne daß mit dem Entwurf verfolgte Ziel aus dem Auge zu verlieren. Dieser Ausfassung stimmte die Mehrheit zu, und man trat hierauf in die Einzelberatung des Entwurfs ein. — Den Grundzügen, auf denen die vorgeeschlagenen Bestimmungen des Entwurfs beruhen, wurden von keiner Seite prinzipielle Bedenken entgegengesetzt. Indes wurde doch von fast allen Seiten auf die große Bedeutung hingewiesen, welche die Vorschriften des Entwurfs, insoweit sie zu baulichen Änderungen vorhandener oder zur Errichtung neuer Strafanstalten, sowie zu Aenderungen an den in den einzelnen Staaten bestehenden Verwaltungseinrichtungen nötigen, für die Finanzen der Bundesstaaten haben würden. Beispieleweise wurde der zur Durchführung der Bestimmungen des Entwurfs erforderliche Aufwand von Bayern auf 33 bis 35 Millionen Mark, von Sachsen auf 11 bis 12 Millionen Mark beziffert. Wenn schon nun diesen Bedenken gegenüber von anderer Seite hervorgehoben wurde, daß die Durchführung der Vorschriften des Entwurfs nur ganz allmählich geschehen könne und wohl kaum vor Ablauf eines 25-jährigen Zeitraums erfolgt sein werde, daß ferner im Hinblick auf das Bevortheilen eines derartigen Gesetzentwurfs in manchen Bundesstaaten in der letzten Zeit nothwendige Gefängnisbauten aufgeschoben worden seien, daß demnach der durch das Gesetz herbeigeführte Aufwand nicht blos diesem zu Last zu schreiben, sondern als eine nunmehr zur Verwendung kommende Ersparnis vorher gegangener Jahre, wenigstens theilweise, zu betrachten sei, so zeigte sich doch bei den meisten Regierungen das Vortheilen, unbeschadet der nötigen Rücksicht auf das Bedürfnis eines wirklichen und gleichmäßigen Strafvollzugs, theils durch Modifikation gewisser Bestimmungen, theils durch Klarstellung ihrer Bedeutung und Wirksamkeit sowohl die aus dem Entwurf entstehenden Anforderungen an die Finanzkraft der Bundesstaaten abzumindern, als auch die mit der Durchführung des Gesetzes betrauten Verwaltungen nicht über das nothwendige Maß hinaus zu binden, insbesondere auch die Beibehaltung bewährter

Einrichtungen in einzelnen Bundesstaaten, soweit thunlich, zu ermöglichen.

Es folgt dann eine Darstellung der verschiedenen Ansichten des Ausschusses über die einzelnen Bestimmungen des Entwurfs.

[Zur Abwehr der Rebelausseinschleppung.] Bei der Petitionskommission des Abgeordnetenhauses ist aus dem Rheingau eine Petition eingegangen auf Inhabirung des Rebenthalde zur Abwehr der Gefahren durch Rebelausseinschleppung. Eine Kommission wird bei dem Hause beantragen, die Petition der Staatsregierung mit der Aufforderung zu überweisen, sie wolle bei der Reichsregierung dahin wirken, daß der Handelsverkehr mit Reben auf dem Wege der Reichsgefegebung schleunigst in einer Weise geregelt werde, welche die Verschleppung wirksamer als früher zu verhindern geeignet erscheint und unverzüglich durch entsprechende Polizeiverordnungen für Preußen der in dem Rebverkehr gegebenen Gefahr thunlich zu begegnen.

Locales und Provinzielles.

Posen, 21. Januar.

r. Bei dem Begräbnisse des Domherrn Dorzewski in Gnesen waren ungefähr neunzig Geistliche anwesend, unter diesen die Domherren Klupp, Grande und Marnanski. Nachdem am Sonntag Nachmittag 5 Uhr die Exportation der Leiche aus der Wohnung nach dem Dome stattgefunden, wobei Weihbischof Echowksi den Trauerzug führte, wurden am nächsten Tage die Trauerfeierlichkeiten im Dome unter sehr zahlreicher Beteiligung abgehalten; unter den Anwesenden befanden sich viele polnische Adlige und einige Abgeordnete. Die Trauerrede hielt Domherr Korytkowski. Der Sarg mit der Leiche ist in einer der Kapellen beigelegt worden.

r. Ja der polnischen Volksversammlung, welche hier am 25. d. M. in Angelegenheit der Simultan-Volkschulen der Stadt Posen stattfinden soll, soll eine an den Kultusminister zu richtende Petition zur Beratung kommen, welche sich zunächst ausschließlich auf den religiösen Charakter dieser Schulen, nicht auf die bei dem Unterricht in Anwendung kommende Sprache beziehen wird. Erst wenn eine Entscheidung des Herrn Ministers in Betreff des simultanen Charakters der Schulen erlangt sein wird, soll dann weiter die Angelegenheit der Unterrichtssprache behandelt werden. — Damit ist von dem „Kurier Posen“, dem wir die Mitteilung entnehmen, der Feldzugssplan der polnischen Ultramontanen gegen die hiesigen Simultan-Schulen mit anerkennenswerther Offenherzigkeit vorgeseznet. Er will man den katholischen Geistlichen wieder Einfluß auf den Religionsunterricht in den Volkschulen verschaffen, und statt der Simultan-Schulen konfessionelle Schulen herzuführen, dann aber zunächst beim Religionsunterricht, später auch bei den übrigen Unterrichtsgegenständen auf Wiedereinführung der polnischen Unterrichtssprache für Schüler polnischer Nationalität hinzuhalten.

r. Von einem Milchwagen, welcher am 17. d. M. Morgens von Radogowo nach der Stadt fuhr, wurden durch drei Strolche in der Nähe des Kernwerks-Glacis zwei Blechkannen und ein Häuschen mit zusammen ca. 30 Litern Milch mittels Anwendung von Gewalt dem Rutscher entflossen.

— Grenzsperrung für Schwarzvieh. Eine Meldung der „Schles. Zeitung“ zufolge wäre die bisherige Grenzsperrung für Schwarzvieh aus Russland und Polen für den Regierungsbezirk Bromberg aufgehoben worden. Eine Bestätigung dieser Nachricht liegt nicht vor.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Im Löbetheater zu Breslau ging am gestrigen Freitag das einattige Schauspiel „Désirée“ von Hermann Zech zum ersten Mal in Scène. Sämtliche Tagesblätter bestätigen die glückliche Bühneneinführung des Stücks. Dasselbe behandelt spannend und in wahrhaft poetischer Form eine verkürzte historische Anekdote, der zu Folge die Tochter des Gouverneurs der Invaliden zu Paris während der Schreckenszeit der ersten französischen Revolution ihrem Vater dadurch das Leben rettete, daß sie mit Danton um den Kopf ihres Vaters eine Partie Schach spielte und gewann. Das Stück ist bereits von einer Anzahl namhafter Bühnen zur Aufführung angenommen.

Staats- und Volkswirtschaft.

** Posener Pferdebahn. Der „Börs.-Cour.“ schreibt aus Berlin vom 20. d. M.: Es hat sich dieser Tage hier ein Konsortium gebildet, welches aus einer Bauunternehmer-Firma und einer finanziellen Kraft besteht, und welche die Anlage einer Pferdebahn-Linie in Posen übernehmen will. Die betreffenden Verträge sind noch nicht völlig perfekt. Ob dem Unternehmen die Form einer Gesellschaft gegeben werden soll, sobald die Verträge vollkommen perfekt sind, ist noch die Frage. jedenfalls liegt es aber nicht in der Absicht, die Aktien schon jetzt herauszubringen.

Telegraphische Nachrichten.

Darmstadt, 20. Januar. Den Ständen ist ein Gesetzentwurf wegen Errichtung einer stehenden Brücke zwischen Mainz und Rastatt zugegangen. Die Kosten für dieselbe sind auf 3,600,000 M. veranschlagt.

Wien, 19. Januar. Die vereinigten Ausschüsse der ungarischen Delegation berieten heute, wie schon kurz berichtet, das außerordentliche Erfordernis für Bosnien und die Herzegowina. Auf verschiedenste Anfragen der Abgeordneten Tafel, Szilagyi, Segedue, Wahrmann und Apponyi gab der Minister des Auswärtigen, Baron von Haymerle, ausführliche Aufklärungen. Die Verwaltung Bosniens und der Herzegowina habe bereits einen ausschließlich zivilen Charakter. Die Administration sei auf das Sparsamste eingerichtet; die türkischen Beamten seien soweit möglich beibehalten worden, doch habe der größte Theil aus Nichteingeborenen bestanden, welche freiwillig ausgetreten seien oder nach Konstantinopel zurückberufen wurden. In Kroatien sei ein doppelter Instanzzug eingeführt worden, in Steiermark sei mit den einheimischen Elementen schwer ein Auskommen zu finden. Aus Sparsamkeitsgründen entfallen auf 20 Quadratmeilen nur ein Steuerernehmer ohne Hilfsbeamte. Der Minister motiviert die Einrichtung der bosnischen Kommission als Zentral-Kontrollorgan; das gemeinsame Ministerium fungire als allerhöchste Instanz; der Reichsfinanzminister führe im Namen derselben die betreffenden Agenden; man könne sagen, veraltet werde im Lande, regiert von dem gemeinsamen Ministerium. Haymerle wies sodann die große Wahrscheinlichkeit des Gleichgewichtes zwischen den Einnahmen und den Ausgaben namentlich mit Rücksicht auf die günstigen Ergebnisse des Jahres 1879 nach. Die Kosten für die Einquartirung und die Erhaltung der Straßen fielen zu Lasten des Landes. In Ganzin habe das Land bisher für verschiedene Zwecke 1,090,000 Kl. geleistet, ein Resultat, welches so rasch nicht erwartet worden sei. Sollten sich später Überschüsse ergeben, so würden letztere zur Erleichterung der Lasten der Monarchie herangezogen werden. Hinsichtlich der bisherigen Kosten

müsse man auch in Anschlag bringen, daß die Pazifikation erreicht worden sei und daß es sich um die Interessen der ganzen Orientfrage gehandelt habe. Nicht aus dem Wunsche nach einer Vergrößerung, sondern um größeren Gefahren wirksam vorzubeugen, sei die Opposition erfolgt. (Lebhafte Zustimmung.) — Sektionschef Kallahn gab über die konfessionellen und hierarchischen Verhältnisse Aufschluß. Die Katholiken hätten 2 Bischöfe, die Pietisten 3 Metropoliten, welche unter dem östlichen Patriarchen ständen. Was die Muhamedaner angehe, so werde ihrer hierarchischen Verbindung mit Konstantinopel keinerlei Hindernis entgegengestellt; die Bausgüter würden durch mohammedanische Kultusgenossenschaften verwaltet. Der Reichsfinanzminister Hoffmann wies nach, daß die Frage wegen der Pensionierung der Beamten keine praktische Bedeutung habe; für die türkischen Beamten habe niemals ein Pensionsnormale bestanden. Was die Besteuerung angehe, so sei der Zehnt die wichtigste Steuer; bezüglich der sogenannten Trettm-Abgabe, deren Willkürlichkeit und Ungleichmäßigkeit den größten Beschwerdepunkt bildete, habe die Regierung Abhilfe durch ihre schriftliche Abmachungen getroffen; den Beschwerden rücksichtlich des Zehnts habe die Regierung gründlich abgeholfen und zwar derart, daß die Lösung der Agrarfrage keine akute sei. Für die Vergnüsteuer sei durch die Befreiung, welche 1½ Millionen Seelen ergeben habe, eine bessere Erhebungsbasis vorhanden. Die Nebenstände bezüglich der Erhebung der Kleinwied-Steuern habe die Regierung möglichst zu beseitigen gesucht. Nach dem Resultate der wissenschaftlichen Enquête berge das Land überaus reiche Schätze in forstlicher wie in montanistischer Beziehung, doch fehlten der Regierung jetzt die Mittel zur Ausbeutung derselben. Die Forste hätten sich fast durchgehend als Staatseigentum herausgestellt. Der Minister betont die getroffenen Maßregeln befreit Zolleinigung und Einführung von Monopolen und indirekten Abgaben. — Der Kriegs-Minister hob hervor, daß in dem Voranschlag die Verwaltungskosten nicht enthalten seien; der Zuschuß zu den Eisenbahnbetriebskosten sei eine Heeresausgabe. Der Minister gab Aufklärungen über die Einquartirungsfrage und die Kosten für den Barackenbau, welche zu Lasten der Administration genommen werden seien, die Verpflegung sei eine gute. — Hierauf wurde der Voranschlag in der Generaldebatte angenommen; nachdem der Präsident dem Minister des Auswärtigen im Namen des Ausschusses seinen Dank ausgesprochen und Hammerle für die der Regierung ertheilte Anerkennung gedankt hatte, wurde der Voranschlag auch in der Spezialdebatte genehmigt.

London, 20. Januar. Ein Rundschreiben Northcote's an seine Parteifreunde fordert dieselben auf, der Eröffnung des Parlaments beizuwollen, weil denselben unverzüglich wichtige Angelegenheiten zur Beratung unterbreitet werden würden.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Gewinn-Liste der 4. Klasse 161. kgl. preuß. Klassen-Lotterie.

(Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.)

(Ohne Gewähr.)

Berlin, 20. Januar. Bei der heute fortgesetzten Ziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

8 217 67 74 312 26 44 438 96 (300) 512 17 20 620 52 759
824 59. 1085 (300) 182 200 12 40 62 314 551 651 58 64 711
66 88 94 898 986. 2058 64 (300) 77 292 318 51 83 423 46
(300) 50 (600) 82 99 (600) 693 789 93 904 8 11 58 93. 3003
(300) 6 34 101 8 221 50 466 (3000) 514 67 81 89 613 (300)
44 57 758 (3000) 871 931 52. 4031 192 245 80 (300) 98 332
43 63 67 69 87 429 (309) 82 596 629. 5023 55 (300) 91 1300
139 69 353 439 67 (300) 98 (306) 558 624 68 (600) 79 723 28
57 97 821 35 82 88 94. 6038 109 61 217 27 (300) 30 48 318
87 468 504 25 44 650 52 92 (300) 710 913 25 (300) 33 (1500)
60 (1500). 7007 (300) 76 99 106 85 220 39 333 41 55 (600) 493
(3000) 505 80 609 12 19 771 73 812 70 (300) 987 95. 8016 65
85 173 (300) 83 273 321 35 82 (600) 422 88 622 41 55 732 37
(600) 964 66. 9023 25 104 9 83 90 257 (300) 330 95 (300)
431 519 47 650 (1500) 58 89 99 709 37 61 928 (300) 30 70 (300).
10001 7 22 125 75 211 95 (600) 492 528 46 64 803 23 67
99 961 78 (300). 11064 77 152 (3000) 265 98 332 (1500) 58
426 41 85 500 36 55 57 638 55 770 828 (600) 67 933. 12089
103 (1500) 98 271 78 328 72 89 438 552 83 602 (600) 34 59
835 98 933 38 88. 13103 200 13 58 90 303 14 (300) 35 60 84
(300) 414 18 39 515 31 50 685 97 719 21 31 52 808 (300) 98
929 30. 14053 88 (3000) 121 44 63 222 42 322 63 75 446 57
(3000) 509 621 64 701 (300) 50 52 815 17 64 81 921 68.
15020 66 72 89 175 79 88 90 203 21 300 75 (300) 430 59 63
(300) 524 35 87 602 49 81 (300) 708 42 59 812 77 (600).
16020 48 105 26 271 88 523 43 (300) 94 (300) 95 658 62 (300)
74 89 (3000) 722 79 865 901 20 34. 17242 422 508 618 52
(600) 58 71 88 93 94 99 (600) 739 94 876 (3000) 918 65 (3000).
18009 28 (600) 189 219 40 (600) 426 596 634 55 88 739 45
(300) 58 854 84 908. 19023 40 49 78 182 309 14 46 405 19
(300) 25 507 (1500) 55 626 27 717 98 814 (600) 69 83 924
69 84.
20094 175 99 (1500) 234 81 343 81 416 59 62 74 88 515
41 (1500) 56 58 619 67 793 974. 21027 28 38 104 200 84
85 346 (600) 71 445 543 51 62 74 728 57 74 87 972 81 82.
22018 183 96 255 74 99 417 43 (300) 81 519 635 (300) 79 96
719 33 57 864 951 81. 23020 58 (1500) 117 216 41 95 98 346
411 39 (300) 510 13 25 87 88 631 53 58 950 (600) 56 71 (300).
24072 76 85 140 59 (300) 205 6 331 410 35 89 574 89 605
55 738 800 14 53 (300) 54 82. 25036 135 78 91 327 68 96 448
55 67 563 602 719 917 95. 26002 135 78 91 327 68 96 448
(3000) 333 36 38 (3000) 71 471 604 60 716 990. 27007 60
64 78 119 314 62 73 90 409 (300) 526 53 80 (3000) 643 52 73
78 740 45 89 (300) 804 10 36 941 52 (300) 93. 28103 47 73
243 73 326 45 50 82 452 539 42 55 611 19 72 867 955. 29019
136 80 207 15 55 91 322 (300) 63 (600) 87 88 408 14 518 22
(300) 72 83 (300) 632 94 820 52 (300) 55 71 80 907 30 69.
30018 50 64 108 13 21 (300) 94 383 358 99 477 541 57
87 606 24 78 724 819 903. 31030 73 122 27 42 47 (300) 53
213 47 61 350 88 512 14 33 616 50 734 76 80 811 43 68 98
998. 32044 (300) 112 13 53 244 95 332 51 52 (1500) 68 412
(300) 28 79 (300) 538 54 65 86 96 750 810 20 93 (300) 918 31
44 46 96. 33052 62 155 64 75 228 58 67 357 71 (300) 85 (3000)
401 (300) 11 20 34 83 546 50 706 52 58 (600) 88 (300) 889 909
12 57 (6000) 63. 34048 139 45 69 453 (300) 73 97 500 651 75
703 801 15 91 944 48 88. 35038 172 (300) 256 73 77 348 416
51 68 72 92 (600) 537 (3000) 643 62 (600) 88 93 855 909 36 48
(600). 36001 9 78 119 32 38 42 86 212 58 59 74 439 540 680
99 715 71 805 (600) 79 910. 37063 69 117 24 77 83 204 10
11 85 417 46 (1500) 52 634 (300) 45 86 93 768 69 83 808 24
88 953. 38087 133 297 402 27 542 (300) 625 25 55 69 718 806
961. 39001 (300) 11 67 104 211 23 40 63 301 18 617 50 741
66 834 97.
40023 98 177 206 22 303 76 443 46 62 514 20 58 77 96
601 17 840 70 (600) 88 947 78 (600). 41005 139 76 209 11
18 24 32 376 630 (300) 39 91 713 942 94. 42013 44 98 221
(300) 902 33 68 90 95 (600). 43059 (600) 71 117 20 (300) 31 83
(600) 226 (1500) 39 (300) 40 45 325 (600) 43 65 518 46 (3000)
615 16 32 76 742 49 853 84 921 24 81. 44118 94 282 338
408 30 86 564 81 89 99 610 52 72 84 873 929 40. 45242 76

Übersicht der Witterung.

Durch die starke Abnahme des Luftdruckes im Norden und die Zunahme im Süden sind im Nord- und Ostseegebiete die Gradienten stärker geworden und über der Nordsee die nordwestlichen, an der südlichen Ostsee die südwestlichen Winde entschieden zur Geltung gekommen, welche an der nordwestdeutschen Küste Thauwetter mit Schneefällen hervorgerufen haben. Im Binnenlande dagegen dauert die strenge Kälte bei teilweise heiterem Wetter noch fort mit einem Kältemaximum in Nordbayern. Bamberg meldet 22,5 Grad Kälte. In Österreich und Westrussland hat der Frost noch zugenommen, dagegen in Finnland stark nachgelassen. Riga: Nord, leicht, Dunst, Plus 1 Grad. Deutsche Seewarte.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 19. Januar Mittags 2,36 Meter.
= 20. = 2,42 =

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 20. Januar. (Schluß-Course.) Schwach. Lond. Wechsel 20,35. Pariser do. 80,82. Wiener do. 172,60. R. & M. St.-A. 144. Rheinische do. 153. Hess. Ludwigsh. 89. R. & M. Pr. Anth. 132. Reichsanl. 97. Reichsbank 153. Darmst. 142. Meiningen B. 94. Ostf.-ung. Bf. 72,50. Kreditaktien* 259. Silberrente 61. Papierrente 60. Goldrente 71. Ung. Goldrente 84. 1860er Loose 126. 1864er Loose 310,00. Ung. Staatsl. 209,20. do. Ostf.-Ob. II. 78. Böh. Weltbahn 186. Elisabethb. 163. Nordwestb. 140. Galizier 220. Franzosen* 233. Lombarden* 73. Italiener 1877er Russen 88. ll. Orientali. 59. Bentr.-Pacific 108. Diskonto-Kommandit —. Elbthalbahn 118. Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 259, Franzosen 233, Gasliker —, Ungarische Goldrente —, ll. Orientanleihe —, 1860er Loose —, Lombarden —.

* per medio resp. per ultimo.

Frankfurt a. M., 20. Januar. Effeten-Sozietät. Kreditaktien 260. Franzosen 233. Lombarden —, 1860er Loose —, Galizier —, österreich. Silberrente —, ungar. Goldrente 84, ll. Orientanleihe —, österr. Goldrente 71, III. Orientanleihe —, Papierrente —, 1877er Russen —, Ziernlich fest.

Wien, 20. Januar. (Schluß-Course.) Anfangs günstig. Montanwerthe steigend; zum Schlus abgeschrägt, Kreditaktien matt.

Papierrente 70. Silberrente 71,20. Oesterl. Goldrente 83,30. Ungarische Goldrente 93,35. 1854er Loose 124,50. 1860er Loose 132,00. 1864er Loose 172,20. Kreditloose 178,20. Ungar. Prämien. 112,20. Kreditaktien 292,75. Franzosen 271,00. Lombarden 86,00. Galizier 255,75. Kasch.-Oderb. 124,50. Wardubitzer 124,50. Nordwestbahn 162,00. Elisabethbahn 188,00. Nordbahn 234,00. Österreich-Ungar. Bank 838,00. Türk. Loose 17,25. Unionbank 109,00. Anglo-Austr. 146,90. Wiener Bankverein 154,00. Ungar. Kredit 271,00. Deutsche Plätze 57,25. Londoner Wechsel 116,90. Pariser do. 46,45. Amsterdamer do. 97,00. Napoleons 9,33. Dukaten 5,51. Silber 100,00. Marknoten 57,87. Russische Banchnoten 1,22. Lemberg-Czernowitz 157,75.

Wien, 20. Januar. Abendbörse. Kreditaktien 294,00. Franzosen 271,00. Galizier 255,50. Anglo-Austr. 149,00. Lombarden 85,75. Papierrente 70,10, österreich. Goldrente 83,25, ungar. Goldrente 98,70, Marknoten 57,90, Napoleons 9,33, 1864er Loose —, österr.-ungar. Bank —. Fest.

Florenz, 20. Januar. 5 p.C. Italienische Rente 89,95, Gold 22,61. Paris, 20. Januar. (Schluß-Course.) Fest. 3 proz. amortisirb. Rente 83,05, 3 proz. Rente 81,57, Anleihe de 1872 116,62, Italien. 5 proz. Rente 79,65, Oesterl. Goldrente 72. Ung. Goldrente 84, Russen de 1877 90. Franzosen 580,00. Lombardische Eisenbahn-Aktien 186,25. Lombard. Prioritäten 254,00. Türken de 1865 10,35.

Credit mobilier 640. Spanier exter. 15,6, do. inter. 14,8. Suezkanal-Aktien 762, Banque ottomane 537, Societe generale 565, Credit foncier 1133, Egypt 290. Banque de Paris 867, Banque d'escompte 765, Banque hypothécaire 640, III. Orientanleihe 59, Türkloose —, Londoner Wechsel 25,18.

London, 20. Januar. Boulevard-Verkehr. 3 proz. Rente —, Anleihe von 1872 116,55, Italienische —, österreich. Goldrente —, ungar. Goldrente —, Türk. 10,37, Spanier exter. —, Egypt 288,00, Banque ottomane —, 1877er Russen —, Lombarden —, Türkloose —, III. Orientanleihe —. Unentschieden.

Newyork, 19. Januar. (Schlußkurse.) Wechsel auf London in Gold 4 D. 82, C. Wechsel auf Paris 5,20. 5 p.C. fundierte Anleihe 103. 4 p.C. fundierte Anleihe von 1877 104, Erie-Bahn 43. Central-Pacific 109, Newyork. Centralbahn 133.

Marktpreise in Breslau am 20. Januar 1880.

Festsetzungen der städtischen Markt- Deputation.	guter

